

## **Hans-Helmuth Knütter**

### **Um was geht 2017 politisch?**

Wirklich - wir leben in seltsamen Zeiten! Uns geht's doch gut. Nie war die Zufriedenheit der Bevölkerung so ausgeprägt wie heute. Das politische Establishment trieft vor Selbstzufriedenheit. Deutschland gewinnt internationales Ansehen, gilt bei sogenannten „Freunden und Verbündeten“ als beliebt. Kurz: Wenig fehlt, und die Verhältnisse würden als paradiesisch bezeichnet. Aber, leider: „Dies Bildnis ist bezaubernd schön, man darf's nur nicht von hinten sehn!“ Wenn man nämlich den äußeren Glanz hinterfragt, etwas tiefer bohrt, dann findet man einige Mängel und Lücken.

Nun ja, das ist die übliche deutsche Miesmacherei, tönt es einem entgegen. Die Deutschen müssen doch immer und überall Untergang wittern, Untergang der Welt, des Abendlandes, Deutschlands, der Demokratie. Alles Hysterie? Na, dann betrachten wir mal die Lage ohne Aufregung, ohne aufgesetzten Pessimismus, aber mit sachlichem Realismus. Das Establishment behauptete lange, wir leben nicht nur in einer Demokratie, sondern in der freiheitlichsten Ordnung der deutschen Geschichte. Diese Phrase ist gründlich aus der Mode gekommen: Spitzerei, Meinungsdruck, Gesinnungskontrolle, Kampf gegen Rechts zeigen deutlich die Grenzen der Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit? Ja, haben darf man eine Meinung, aber äußern darf man sie nicht über Tabuthemen: Israel, Migranten, NS-Zeit und -symbole, deutschnationale Traditionen. Da gilt jede Äußerung schnell als Hetze („Volksverhetzung“) und die Äußerungsfreiheit wird unterdrückt. Insbesondere die „Rechte“ gilt als verdächtig, als verfassungsfeindlich.

Bezeichnend ist der Wandel: Bis in die neunziger Jahre wurde der sogenannte „Totalitarismus“, d. h. der Extremismus von rechts u n d von links als verfassungsfeindlich bekämpft. Seit dem blamablen Zusammenbruch des „real existierenden“, aber nicht funktionierenden Sozialismus wird ausschließlich die nationale Rechte bekämpft, weil sie angeblich die Integration zugewanderter Ausländer, die Einigung Europas, die Demokratie bekämpft. Während ursprünglich nur die NPD betroffen war, wird der Kampf jetzt ausgeweitet auf studentische Verbindungen (Burschenschaften) und die eurokritische „Alternative für Deutschland“ (AfD). Sogar selbstkritische Sozialdemokraten wie Sarrazin fallen unter Faschismusverdacht. Hingegen der Linksextremismus, vertreten in der Partei, die

sich zunächst „SED-PDS“, dann PDS, schließlich „die Linke“ nannte, gilt ausdrücklich als Teil des „demokratischen“ Establishments.

In Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg gehörte diese Partei zu den Regierungspartnern, in Thüringen hat es gar ein Linksparteiler zum Regierungschef gebracht. Auf der anderen Seite werden für den „Kampf gegen Rechts“ erhebliche staatliche Mittel, also Steuergeld, bereitgestellt. Die Bundesfamilienministerin Schwesig (SPD), die mittlerweile zur Ministerpräsidentin avanciert ist, hat im Juli 2014 ein Förderprogramm „Demokratisches Leben“ vorgestellt. In den nächsten fünf Jahren sollen „Vereine und Initiativen“ (etwa auch rechte?) 30,5 Millionen € jährlich(!) erhalten, vor allem, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Hier wirken SPD, Grüne und Linkspartei zusammen. Durch den „Antifaschismus“ machen sie ihr Bündnis salonfähig. Na und? Droht denn nun durch Rot-Rot-Grün tatsächlich Gefahr für Freiheit und Demokratie? Schließlich hat die SED-Nachfolgepartei nirgends, wo sie bisher in der Landesregierung war, DDR-Verhältnisse restauriert. Also, alles übertriebene Sorge? Nur keine Vergesslichkeit, liebe Staatsbürger!

Denkt immer an Sebnitz. In diesem sächsischen Ort ertrank anno 2000 ein sechsjähriger Junge in einem öffentlichen Schwimmbad. Sofort tauchte die hysterisch vorgebrachte Behauptung auf, er sei von mehreren ortsbekanntem Rechten ertränkt worden und die zahlreichen Besucher des Bades hätten nicht eingegriffen. Der damalige Bundeskanzler Schröder machte öffentlich den pflichtschuldigen antifaschistischen Kotau, unterstützt von Merkel (CDU), Thierse (SPD), Rezzo Schlauch (Grüne), Müntefering (SPD), Gerhard (FDP). Die BRD-Presse, BILD voran, hetzte, und drei „ortsbekanntem Rechte“ wurden von der willfährigen Justizinhaftiert. Allerdings „nur“ für einige Tage. Dann stellte sich nämlich heraus, der Knabe war eines natürlichen Todes gestorben. Die ganze Aufregung war eine antifaschistische Hetzinszenierung.

Was lehrt uns dieses Ereignis? Wenn es zu einer rot-rot-grünen Bundesregierung kommt, ist eine weitere Einschränkung von Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheiten möglich. Die Linkspartei drängt auf ein solches, in mehreren Bundesländern bereits erprobtes Regierungsbündnis. Die Rolle der SPD ist zwiespältig. Sie unterhält zwar freundliche Kontakte zur Linken, distanziert sich aber wegen einiger außenpolitischer Positionen. Aber man lasse sich nicht für dumm verkaufen. Die SPD hat ihr Verhältnis zur SED-Nachfolge schon öfter geändert. Anno 1990 hat sie sich geweigert, ehemalige SED-Mitglieder aufzunehmen. Heute kooperiert sie mit dieser Partei – und morgen? Wenn der Ausgang der

Bundestagswahl 2017 es ermöglichen sollte, dann wird diese Kooperation zur Koalition. Gewiß: Prognosen sind eine unsichere Sache, aber diese Entwicklung ist möglich, und das sollte der Anstoß für rechtzeitige Aufmerksamkeit und Vorbereitung der Abwehr sein. Freiheit und Demokratie würden nicht schlagartig abgeschafft. Man erinnere sich an den ungarischen KP-Genossen und Stalinisten Mátyás Rákosi, der die „Salami-Taktik“ erfand: Revolutionäre Veränderungen werden scheinbarweise eingeführt. Heute eine Kleinigkeit, die der Aufregung nicht wert ist, morgen die nächste. Schließlich ist schleichend eine Situation geschaffen worden, in der Widerstand nicht mehr möglich ist.

Wie gesagt: Sicher ist dies nicht. Aber die Möglichkeit genügt, um zu warnen. Schon die Bibel hat gelehrt. „Alles hat seine Zeit“. Auch die gegenwärtige saturierte Zufriedenheit kann enden. Sie ist, wie alles, vergänglich. Deshalb: Passt bloß auf, damit nicht Freiheit und Demokratie zugunsten linker Bevormundung noch weiter eingeschränkt werden. Zunächst mal Aufmerksamkeit und keine Volksverdummung durch Fußball und Karneval.

Und merke: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ (B. Brecht).

## Hinweis

Der vorliegende Text wurde erstmals unter dem Titel „Blick auf 2017“ veröffentlicht in der Ausgabe 67/68 des Deutschland Magazins, welches im August 2014 erschienen ist und



von der Vereinigung DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.

<http://www.konservative.de/Startseite>

herausgegeben wird.

Die Redaktion von [www.links-enttarnt.net](http://www.links-enttarnt.net) bedankt sich für die Zustimmung der Deutschen Konservativen e.V. für die Einwilligung zur online-Veröffentlichung des etwas fortgeschriebenen Textes.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Verfasser dieses Beitrags, Professor Knütter, bei der Vereinigung DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V. zum Thema gerade eine Broschüre veröffentlicht hat mit dem Titel:

### **Mit Rot-Rot-Grün zum linksautoritären Staat**

<http://www.konservative.de/Broschueren>

Diese Broschüre warnt vor der Gefahr, die von einer rot-rot-grünen Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft ausgehen könnte. Es geht um die Einschränkung von Freiheitsrechten, um Meinungslenkung, um sozialpolitische Umgestaltungen. Zu diesem Zweck hat sich die SPD der ehemaligen SED, der heutigen Partei „Die Linke“ angenähert. Auf Bundesebene könnte ein auf Landeebene bereits bestehendes Bündnis von Rot-Rot-Grün eine „andere“ linksautoritäre Republik schaffen. Davor mit sachlichen Fakten zu warnen, ist wegen der mediengestützten Verharmlosung des Linksextremismus notwendig. Es sollte nicht zusammenwachsen, was hierzulande zusammenzuwachsen droht.



Nach ursprünglicher Ablehnung haben sich SPD und Grüne in der Minderheitsregierung von Sachsen-Anhalt bereits 1994 erstmals „tolerieren“ lassen, um sich dann ab 1998 in mehreren Landesregierungen mit der PDS ganz offiziell zu verbünden. Auf Bundesebene könnte dieses Bündnis eine „andere“ linksautoritäre Republik schaffen. Davor mit sachlichen Fakten zu

warnen, ist wegen der mediengestützten Verharmlosung des Linksextremismus notwendig. Es sollte nicht zusammenwachsen, was hierzulande zusammenzuwachsen droht.

Sie können die Broschüre kostenlos und unverbindlich bestellen. Sofort lieferbar.

**Hier kostenlos und unverbindlich bestellen:**

**[info@konservative.de](mailto:info@konservative.de)**

**oder Anruf unter**

**040 - 299 44 01**

Die Redaktion von [www.links-enttarnt.net](http://www.links-enttarnt.net) empfiehlt bei Bezug dieser Broschüre eine Spende für DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN.

